

# Weißenfels

25.000 Exemplare

Von Hartwig Arps

9. März 2002

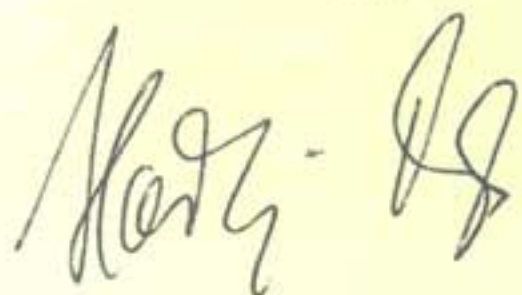
## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr 2002 wird für Deutschland und besonders für Sachsen-Anhalt ein bedeutendes Jahr. Wichtige Wahlen stehen an.

Politikverdrossenheit, Gleichgültigkeit und Wahlbeteiligungen um 50 % haben in der Vergangenheit oft politische Realitäten geschaffen, welche die Mehrheit des Volkes am Ende dann nicht wollte. Umfragen unmittelbar nach den Wahlen 1998 hatten eindeutig ergeben, dass die Mehrheit der Wähler eine große Koalition erwartete. Sowohl für Bonn, als auch für Magdeburg. Was dann kam, hatte Folgen, unter denen wir bis heute leiden: Rot - Grün und Rot - Rot. Die Hälfte Nichtwähler hat nun auch in Berlin die alten Strategen wieder an die Macht gebracht. Wir werden damit zum zweiten Mal die Hauptstadt mitfinanzieren müssen. Eine überwiegend links orientierte Medienlandschaft hat nicht unwesentlich dazu beigetragen. Die SPD verfügt über hunderte von Millionen schwere Medienbeteiligungen.

Parteiengagements in 22 Zeitungen, Regionalzeitungsverlagen und 16 Hörfunksendern sorgen für satte Gewinne und große Einflußmöglichkeiten. "Sie kontrollieren ihre Beteiligungen über ein Netz von Stroh Männern, Strohfrauen und Treuhändern" attestiert immerhin der "Spiegel".

WS soll ein winziges, lokales Gegengewicht darstellen. In der festen Überzeugung, dass Bayern das effektivste Politikmodell der deutschen Geschichte entwickelt hat, bekenne ich mich für Stoiber als Bundeskanzler und analog für Professor Böhmer als Ministerpräsidenten. Ich werde mich in diesem Sinne einmischen. Mit lokalen und überregionalen Themen. Ich halte dabei nichts von einer verlogenen Überparteilichkeit. Wer wirkliche demokratische Veränderungen will, muss auch streiten können - mit Argumenten zur Sache und unabhängig. Ich lade dazu ein.



## Weitere Inhalte u. a.:

- Stadtentwicklung in Weißenfels
- Hätten DDR-Schüler den PISA-Test bestanden?
- 100 Jahre Illig's „Saalestrand“
- Schatz aus dem Union-Theater: Über 1000 alte Filmplakate
- Wahlempfehlung: Harry Lienau (CDU) - für Weißenfels

## Es ist etwas faul in Deutschland

Wir haben es gründlich gelernt: Die freie Marktwirtschaft ist von allen möglichen Gesellschaftssystemen das am wenigsten schlechte.

Während die Mehrheit der Bevölkerung den Vor- und Nachteilen dieser Marktwirtschaft ausgeliefert ist, hat sich für die Kaste der Staatsdiener eine bestimmte Art des Sozialismus entwickelt. Das hat dazu geführt, dass inzwischen das Gesamtsystem extrem gefährdet ist. Es geht nicht darum, die dort Beschäftigten zu diskreditieren, ihre Arbeit zu schmälern, oder Sozialneid zu schüren. Es geht nur darum, die Wahrheit immer wieder aufzuzeigen. Es ist Tatsache, dass die sogenannte Staatsquote, welche das Verhältnis dessen darstellt, was der Staat einerseits erwirtschaftet und andererseits braucht, um seine eigenen, kranken und überfetteten Strukturen zu nähren, viel zu hoch ist. Seit 1998 ist diese Quote europaweit von 48 auf 43 % gesunken, nur in Deutschland ging sie nach oben.

Das Koma steht bevor, denn das von allen Experten dringend angeratene Abspecken in diesem Bereich wird nicht befolgt. Für den Fall, dass sich das nicht drastisch ändert, können Wissenschaftler bereits exakt das Ende dieses Systems vorausberechnen.

Fortsetzung von Seite 1

Das Rechtsbewußtsein der Deutschen wird dadurch arg strapaziert. So bestehen beispielsweise Lohn- und Gehaltsdifferenzen nicht nur zwischen den neuen und alten Ländern. Der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft des Ostens wird doppelt bestraft. Er muss registrieren, dass im öffentlichen Dienst auch im Osten für die gleiche Arbeit wesentlich mehr gezahlt wird, als er zur Verfügung hat.

Während er ständig seinen Job verlieren kann, ist der andere so gut wie unkündbar. Von Wettbewerb keine Spur.

Gewerkschaften, deren Abschlüsse für die freie Wirtschaft im Osten gar nicht umsetzbar sind, treiben durch ihre verbindlichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst die Personalkosten der öffentlichen Kassen so nach oben, dass mühselig errungene Einsparungen durch die nächsten Tarifabschlüsse aufgefressen werden. Am Ende wird auch das auf den Bürger umgelegt.

Es gehört zu den **Krankheiten dieses Systems**, dass die überholten Strukturen sich selbst kontrollieren, ihre eigenen Statistiken erstellen und sich damit der Öffentlichkeit beliebig entziehen. Erst, wenn der Betrug durch nichts mehr zu kaschieren ist, kommt es an den Tag. Die aktuellen Beispiele in Sachen Arbeitslosenvermittlung und NPD-Verbot schreien gen Himmel. Dummheit und Schlamperei gewinnen die Oberhand. Man kann es auf alle Bereiche beziehen. Die Sachzusammenhänge sind durch **totale Überregulierung** undurchschaubar geworden. So ist beispielsweise der Kommentar zum neuen Kündigungsschutzgesetz allein 3.300 Seiten stark. Blanker Wahnsinn.

Hat also Politik und besonders die ehrenamtliche Kommunalpolitik überhaupt noch Sinn und Zweck?

Als Stadtrat in Weißenfels habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Ich setze auf die Wahlen dieses Jahres und meine: Wer sich mit Unterstützung der Gewerkschaften wählen ließ, dabei versprach, alles besser zu machen und dann scheitert, verdient es nicht, wiedergewählt zu werden. Basta. Das kommt von Schröder.

Recht hat er, denn selbst Genosse Lafontaine bestätigt: „Unter der SPD geht es Arbeitern und Rentnern schlechter.“

Wer diese Verantwortung leugnet und den politischen Gegner mit infamsten Mitteln attackiert, indem er zum Beispiel konservative Parteien in Hitlernähe rückt, wie jüngst praktiziert, stellt sich abseits jeglicher politischer Kultur. Ablenkung um jeden Preis ist die Devise. Ich setze auf die Einsicht und die Weitsicht der deutschen Bevölkerung besonders in Sachsen-Anhalt. An irgend etwas muss sich der politisch engagierte Mensch ja halten.

## **Das Zentrum der politischen Inkompetenz in Deutschland ist seit ihrer Existenz die derzeitige Regierung in Magdeburg.**

In allen wichtigen Vergleichskriterien hat sie dieses Land zum Schlußlicht unter allen Bundesländern herunter gewirtschaftet. Die Einzelheiten sind allseits bekannt. So auch die Tatsache mit den meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst pro Kopf der Bevölkerung. Wie die selbst für ihre Beschäftigung sorgen und dabei öffentliche Mittel vergeuden, zeigen viele Beispiele auch aus der Kommunalpolitik.

# PROBLEM STADTENTWICKLUNG

Seit Ende 1998 liegt dem Höppner-Kabinett eine vom statistischen Landesamt erstellte Bevölkerungsprognose bis 2010 auf dem Tisch.

Stichworte: Bevölkerungsschwund, Abwanderung, Wohnungsleerstände, diverse Ursachenforschungen, Schlussfolgerungen und Arbeitspapiere.

November 2000. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission legt einen Bericht vor. „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern.“ Wesentliche Erkenntnisse - wie gehabt. Zwei Jahre sind vergangen. Es wurden inzwischen weitere Millionen zum Teil zwangsweise in die „Platte“ investiert.

Januar 2001. Magdeburg fordert nun Stadtentwicklungskonzepte, die sich an der Bevölkerungsentwicklung, auf der Grundlage von Prognosen, orientieren sollen. Fördermittel sollen nur noch vergeben werden, wenn solche Konzepte vorliegen.

Hektischer Aktionismus. Die Zeit wird knapp. Bis zum 31. 12. 2001 muss das Konzept in Magdeburg vorliegen. Diskussionen.

Meine Argumente: Stadtentwicklung ist abhängig von einer Unzahl von Faktoren, die sich gegenseitig bedingen, beeinflussen und oft sogar ausschließen.

Altbau, Platte, Sanierung, Leerstand, Abriss, Eigentumsverhältnisse, Denkmalschutz, Baurecht, Attraktivität, Wohnumfeld, Kulturangebot, Ordnung, Sicherheit, Bevölkerungsstruktur, Sozialstruktur, Einkommensverhältnisse, Wohnraumlengung, Mietrecht, Infrastruktur, Wirtschaftsansiedlung, Förderprogramme, Haushalte, Investitionsquoten, Personalkosten, Gebietsreformen, Eingemeindungen, Verwaltungsreformen und nicht zuletzt Arbeitsplätze. Selbst die EU-Osterweiterung spielt hier eine Rolle.

Alle diese Faktoren sind durch Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Verfügungen auch hier total überreguliert. In Sachsen-Anhalt kommt besonders erschwerend hinzu, dass die größte Anzahl öffentlich Bediensteter aller Bundesländer sich selbst die Beschäftigung erhalten will.

Fortsetzung von Seite 2

Wenn das Ganze überhaupt lösbar sein soll, dann muss dieser Wasserkopf abgebaut werden.

## Das Land muss Kompetenzen an die Kommunen abgeben.

Öffentliche Aufgaben müssen privatisiert werden, damit Wettbewerb in das System einzieht. Eine durchgreifende Verwaltungsreform muss her, nicht nur zum Schein. Daran muss sich eine Gebietsreform anschließen. Das was jetzt dazu läuft, ist Chaos. Den Städten muss Eigenständigkeit übertragen werden, die es ihnen ermöglicht, auf kürzesten Verwaltungs- und Entscheidungswegen und in aller erforderlichen Flexibilität zu handeln.

Dazu brauchen sie Finanzausweisungen, über die sie in eigener Regie und Verantwortung verfügen können. Das bedeutet insgesamt eine Gemeindefinanzreform mit Mitwirkungsrechten der Kommunen an den Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Länder, bis hin zur völligen Veränderung von Verteilerschlüsseln von Steuereinnahmen.

Dann kann und muss auch Stadtentwicklung in eigener Regie ablaufen und nicht über teure Papierhaufen, die schon nicht mehr aktuell sind, bevor sie den Verwaltungsdschungel durchlaufen haben.

Wenn jede Anpassung an aktuelle Realitäten erst nach oben gemeldet und beantragt werden muss, kann das nicht funktionieren.

Angesichts dieser Gesamtproblematik habe ich diesem Konzept im Stadtrat nicht zugestimmt. Meine Argumente im Stadtentwicklungsausschuss wurden von vielen Seiten bestätigt. Am Ende wollte aber kaum jemand die in Aussicht stehenden Fördermittel durch eine Kritik an den Zuständen riskieren. Inzwischen hat die Stadt diese Fördermittel erhalten. Die Verwaltung hat sich im Amtsblatt brav für einen

„unerwarteten“ Geldsegen von 65.000 Euro als „unbürokratische“ Starthilfe für den Wettbewerb Stadtumbau Ost bedankt. Die Mittel sollen für die Feinplanung Neustadt verwendet werden, um „günstige Voraussetzungen für private Investitionen und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität zu schaffen.“ Das klingt wie Hofberichterstattung.

Dass dabei über 120.000 DM allein für die Erstellung des Konzeptes verbraucht wurden, ist ein offenes Geheimnis und ein erbärmlicher Wirkungsgrad. Ohne das Konzept, aber mit dem dafür verbrauchten Geld, hätte man mehr machen können.

Fazit: Wohnungsleerstände sind ein großes Problem der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Abrissbirne wird kommen. Wo, wie und in welchem Umfang sie zuschlagen wird, hängt von vielen Faktoren ab, die sich laufend verändern. Viele davon bestimmen wir selbst. Flexibles und schnelles Handeln wird erforderlich sein. Dafür müssen die Kommunen zuerst aus den vielen Würgegriffen befreit werden. Hüten wir uns vor neuen Konzepten. Sie sind momentan eher ein Zeichen von Ohnmacht.

## Weißenfelser, lassen wir uns nicht verrückt machen!

- **Sanierte Plattenbauwohnungen sind gut und preiswert. Eine Wohnung in West, Süd oder auf dem Kugelberg kann besser sein, als ein Einfamilienhaus auf kleiner Fläche im „Grünen“.**
- **Kauf und Sanierung eines leerstehenden Mehrfamilienhauses mit Gleichgesinnten in der Innen- oder Neustadt kann eine sehr vernünftige und preiswerte Angelegenheit sein.**

*Blick auf das  
Ruinenfeld  
Marienstraße.*

*Abriss - oder auf  
Einsturz warten?*

*Kein Glanzlicht  
unserer Kommunal-  
politik*



# Hätten DDR-Schüler den PISA-Test bestanden?

PISA über Deutschland: Lesekompetenz Rang 21. Mathematische Kompetenz Rang 20. Schlechtere Ergebnisse erzielten weltweit nur zehn andere Länder.

Was ist da passiert? Kam das überraschend oder war das eine schon lange erwartete Quittung für eine verfehlte Bildungspolitik? Der Schriftsteller Walter Kempowski stellt jedenfalls fest:

**„Die Verblödung unseres Volkes macht sichtlich Fortschritte.“**

Das Thema ist nun in aller Munde und in allen Medien. Jeder hat es nun schon immer gewusst. Es wird geschwätzt, was das Zeug hält. Bei der Christiansen kam nun auch der Medienkasper und früherer Grundschullehrer Guildo Horn zu Wort: „Lernen muss Spaß machen“, plädierte er für abgedroschene Floskeln. Dann stellte sich heraus, dass seine Kinder Privatschulen besuchen und dass dort das Lernen nicht nur Spaß machen kann.

Edmund Stoiber bringt die Diskussion auf einen wichtigen Punkt: **„Die ideologische Bildungspolitik ist gescheitert.“**

Eine Bestätigung kommt von Brigitte Speth, Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, in Vorahnung bereits 1999, in einem internen Schreiben an alle BildungsministerInnen SPD-regierter Länder zum Vergleich mit den CDU/CSU-regierten: „Leistungseinbrüche sind der Preis für die erwünschte Ausweitung und Beteiligung des Schulbesuches für bildungsferne Schichten . . . **Es ist eine Verurteilung der Reformpolitik der letzten 30 Jahre . . .** Länder mit selektivem Schulsystem, die diesen Reformen widerstanden haben, zeigen bessere Leistungen in allen Schulformen.“

Wichtige aber unbequeme Zusammenhänge kommen in der aktuellen Diskussion kaum vor. Dies betrifft besonders die Wurzeln der Fehlentwicklungen der alten Bundesrepublik und ein entsprechender Vergleich mit dem DDR-Bildungssystem. Die Strategen der Altländer meiden aus guten Gründen oft ihre eigene Vergangenheit und ehemalige DDR-Lehrer wollen sich verständlicherweise nicht nachreden lassen, dass sie DDR-Nostalgie betreiben.

Das Ganze beginnt mit einem in vielen Bereichen fragwürdig gewordenen Grundgesetz.

**Grundrechte sind ins Gerede gekommen** und nicht nur Ex-Bundespräsident Roman Herzog fordert eine öffentliche Diskussion darüber.

Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, Ehe und

Familie, Schulwesen, Versammlungsfreiheit, Asylrecht und alles, was sich jeweils davor und dahinter verbirgt, gehört auf den Prüfstand.

Zentral und ursächlich für viele Fehlentwicklungen ist auch die Tatsache, dass der parlamentarische Bundesstaat im Grundgesetz verankert werden musste.

**Hier beginnt das uneffiziente „sowohl als auch.“** Sowohl zentral, als auch förderativ sollte es sein. Die Dominanz von Zentralstrukturen sollte wegen der Erfahrungen mit dem Dritten Reich auch in Bildungsfragen für alle Zeiten in Deutschland zerschlagen werden. Seit dem streiten Wissenschaftler um einen einerseits „verkappten Einheitsstaat“, der die Lebensverhältnisse einheitlich ordnen soll, während andererseits das Gesamtsystem permanent durch einen Förderalismus behindert wird, in welchem Länderhoheit in wichtigen Bereichen ohne wirklichen Wettbewerb praktiziert wird.

Fehlentwicklungen in der Bildungs-, Innen- und Wirtschaftspolitik mit ausgeprägtem Süd-Nord-Gefälle sind die bekannten Folgen.

Den Ländern wird unabhängig von Größe und Finanzstärke ein gleiches Mitwirkungspotential im Bundesrat zugesichert, andererseits wird das verfassungsrechtlich vorgegebene Ziel der einheitlichen Lebensverhältnisse durch das ebenfalls verfassungsrechtlich garantierte System des Länderfinanzausgleiches bestimmt.

Die Starken müssen zahlen und sehen sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. **Die Schwachen sind schwach geblieben, weil wegen der sicheren Regeln Bequemlichkeit eingezogen ist** und die notwendigen Innovationen fehlen. Überfällige Veränderungen setzen eine „institutionelle Totalreform“ voraus, in der „kein Stein auf dem anderen bleiben wird.“ So die Wissenschaftler.

Bayern ist die einzige Ausnahme und hat als früheres Nehmerland den Länderfinanzausgleich sinngemäß genutzt und sich zum Musterschüler in allen Bereichen unter den Geberländern entwickelt.

Auch im Bereich Bildung. Schon deshalb sollte Stoiber seine Chance für ganz Deutschland bekommen. Wir haben es dringend nötig.

**Zu den Wurzeln der Fehlentwicklungen:**

Als Rudi Dutschke 1968 im Westen seine Mitstreiter aufforderte, den „langen Marsch durch die Institutionen“ anzutreten, weil sich der erwartete Widerhall im Kampf gegen Kapitalismus, NATO und USA bei den Volksmassen nicht einstellen wollte, war das Hauptziel klar: Die Entmachtung aller Autoritäten und damit die Aufweichung des gesamten Staatsgefüges.

*Fortsetzung von Seite 4*

Als Folge dieses sich über Jahrzehnte hinziehenden Marsches sitzen sie und ihre Ableger nun überall in hohen Positionen an Universitäten, in der Justiz, in der Politik und vor allem in allen Medien. Sie haben eine Desinformationswelle über Ziele und Werte der Gesellschaft in Gang gesetzt, die nicht ohne Folgen blieb.

Was mit antiautoritärer Erziehung begann, wurde über pseudowissenschaftliche Erziehungsexperimente unter dem Schlagwort „Selbstverwirklichung“ pervertiert.

Schüler sollten bestimmen, was, wie und ob sie überhaupt lernen. Jeder sollte seine Verhaltensgrenzen selbst bestimmen. Nicht der Lehrer sollte Schüler beurteilen, sondern umgekehrt. Kopfnoten wurden abgeschafft. Projektunterricht wurde propagiert, ohne dass vorher ausreichend Grundwissen vermittelt wurde. Prüfungen wurden abgeschafft oder zum Lotteriespiel degradiert.

„Mach', was dir Spaß macht, und lass', worauf du keinen Bock hast“. Das war und ist die Botschaft. Dazu diverse Desorientierungen: Lehrer, Polizei, Recht, Ordnung, Leistung wurden Negativbegriffe. So wurde über Jahre aus Qualität Quantität, aus Straftaten Ordnungswidrigkeiten, Sprays wurde Volkskunst, Ladendiebstahl Volkssport, Drogenkonsum bagatellisiert, Täter wurden zu Opfern, Probleme mit Ausländern wurden zum Tabuthema. Es nimmt kein Ende: Soldaten dürfen laut Verfassungsgericht als Mörder bezeichnet werden. Kruzifixe in Klassenzimmern wurden verboten und Tierquälerei in Form von Schächten aus religiösen Gründen gerade erlaubt.

Kommt der so total desorientierte Jugendliche dann schnell selbst mit dem Gesetz in Konflikt, gerät er in ein Sozialisierungssystem, das sich selbst zu einem Sicherheitsrisiko entwickelt hat.

Wer glaubte der Schwachsinn hat mit einer überflüssigen Rechtschreibreform, mit unermesslichen Kosten in einer Zeit der permanenten Finanznot sein Ende, sieht sich getäuscht. Führerschein mit 17 und Ausgehzeiten bis 23 Uhr bzw. unbegrenzt, ohne Begleitung von Erziehungsberechtigten schon für 14- bis 16-Jährige, sollen die neuesten Errungenschaften werden. Die Drogendealer werden sich freuen.

Wenn Gesetze nicht mehr eingehalten werden, weil kaum kontrolliert wird, werden sie als unzeitgemäß erklärt und abgeschafft. So werden die Maßstäbe permanent verschoben.

Die berühmte Freiheit und Vielfalt hat also viel Verwirrung gebracht. Bei Eltern, Schülern, Lehrern und bei einer Kultusministerkonferenz, die am ersticken ist. Kurzum: Das Bildungssystem in dieser Form ist gescheitert.

Für alle, die das bewußt erlebt haben und erleben, stellt sich automatisch die Frage des Vergleiches mit dem ehemaligen DDR-Bildungssystem.

Entrümpelt man das von aller SED-Ideologie und aller Indoktrination, dann bleiben einige wesentliche **Merkmale, die heute so vermisst werden:**

- Kindergarten- und Hortbetreuung mit Bildungs- und Erziehungsanspruch - freiwillig.
- Einheitliche Lehrpläne, Prüfungsordnungen und Schulzeiten.
- Einheitliche Schulbücher, mit klaren methodisch-didaktisch aufbereiteten Inhalten.
- Klare Leistungsbewertung nach einheitlichen und vergleichbaren Bewertungskriterien, Kopfnoten, Besten- und Begabtenförderung durch Facholympiaden und Bildungsmessen.
- Durchsetzung von Ordnung und Disziplin. Wahrung und Durchsetzung der Autorität des Lehrers. Aussonderung von schwererziehbaren und kriminellen Jugendlichen.

Man könnte das in allen analogen Bereichen weiterführen und vertiefen:

- Lehrerausbildung, Weiterbildung, Hospitationen, Einheit von Theorie und Praxis.
- Aufnahmeprüfungen, Leistungsstipendien, konsequente Prüfungen innerhalb eines Studiums, klar begrenzte Studienzeiten, Aufbau und Förderung eigener Wissensseliten, Wettbewerb.

Zu all diesen Themen gab und gibt es wertvolle Erfahrungen von Lehrern, Dozenten und Professoren, die zu wenig eingebunden wurden und werden. Noch sind sie aktiv. Fast alle, die ich kenne, warten allerdings sehnsüchtig auf den Ruhestand.

### **Sie wollen raus aus dem Tollhaus Schule.**

Respekt vor jedem Lehrer, der am Ende seiner beruflichen Laufbahn solche Verhältnisse ertragen muss.

Lesekompetenz und mathematische Kompetenz waren mit Sicherheit unter DDR-Schülern besser ausgeprägt, als das heute der Fall ist. Diese Behauptung wage ich. Die Bildung war insgesamt so gut, dass die, die sie missbrauchen wollten, zum Teufel gejagt wurden. Damit war der größtmögliche Bildungstest für DDR-Bürger bestanden.

**PISA hätten sie allemal geschafft.**

# SEUMEBUCHHANDLUNG



## VERLAGSBÜCHHANDLUNG

Inhaber H. Arps

Jüdenstraße 27 · 06667 Weißenfels

Telefon (0 34 43) 20 60 10

Telefax (0 34 43) 23 41 03

[www.seumebuchhandlung.de](http://www.seumebuchhandlung.de)

- Regionalliteratur
- Taschenbücher
- Kinder- und Jugendliteratur
- Schul- und Fachbücher
- Belletristik
- Reiseliteratur

### SERVICE:

95 % aller deutschsprachigen Bücher in 24 Stunden lieferbar

## PRESSE-SHOP

Wir wurden als „PRESSE-Fachgeschäft“ mit dem „blauen Globus“ ausgezeichnet.

- Über 2.000 verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und Romane
  - Tchibo-Depot: Jede Woche eine neue Welt
    - Ein großes Sortiment an Tabak- und Raucherbedarf
    - **LOTTO-TOTO** · ODDSET - die Sportwette
      - Bücher, Taschenbücher und Karten · Geschenkartikel



Jüdenstraße 26 · 06667 Weißenfels Tel. (0 34 43) 20 60 20



## ZEUGNISSORGEN?

Individuelle Nachhilfe und Hausaufgaben-Betreuung in kleinen Gruppen für alle Altersstufen.

Info und Anmeldung vor Ort: Montag–Freitag 15.00–17.30 Uhr

Weißenfels • Jüdenstraße 21  
(über Eiscafé „Drei Schwäne“)

Telefon (0 34 43) 1 94 18

Hotline: Montag–Freitag 08 00 / 1 94 18 08

*Schülerhilfe!*

[www.schülerhilfe.com](http://www.schülerhilfe.com)

**Wir sind für Sie da.**

### IMPRESSUM

Autor und Herausgeber: Hartwig Arps · Seumebuchhandlung und Verlagsbuchhandlung Weißenfels · Jüdenstraße 27 · 06667 Weißenfels · Fax (0 34 43) 23 64 26 · e-mail: [h.arps@t-online.de](mailto:h.arps@t-online.de)

## Vision und Realität

Schlosskonzept, Kloster, Barockhäuser, Marienstraße, Klingenplatz, Straßenbau, Umzug der Stadtverwaltung, Betriebskosten für die neue Sporthalle.

Mir muss als geborenen Weißenfelsler niemand erklären, was alles schön und gut für unsere Stadt wäre, wo unsere kulturellen Wurzeln liegen und was alles erhaltenswert ist. In einer Zeit der leeren Kassen muss allerdings die Frage beantwortet werden, was wirklich machbar ist, wer es finanzieren soll und welche Prioritäten somit gesetzt werden müssen. Ich habe auch dem Schlosskonzept gegen eine Mehrheit nicht zugestimmt. Einem Innenausbau als Stückwerk in Richtung Jugendherberge, Gaststätte, Handwerkerhof, Galerien, Aufzüge, Büro- und Verwaltungsräume fehlt nach meiner Überzeugung eine realistische Bedarfs- und Finanzgrundlage. Sanierung von Dach und Fassade sollten zunächst reichen. Sollten sich die Bedingungen ändern, muss dann neu entschieden werden. Das passt nur nicht in die Planwirtschaft von „Urban 21“. Das ist das eigentliche Problem.

## 1000 alte Filmplakate

„Segel im Sturm“ (1953), „Alarm im Zirkus“ (1954), „Nils Holgerssons wunderbare Reise“ (1964), „Gänseprinzessin“, „Spur der Steine“...

Mit dem Erwerb des „Union-Theaters“ habe ich persönlich viel riskiert. Ein Motiv war auch der Erhalt eines Stückes jüngerer Kulturgeschichte unserer Stadt. Neben der alten Filmtechnik konnte ich auch diese Plakate vor weiterer Zerstörung, Vandalismus und Verfall bewahren. Was zunächst aussah wie ein Haufen Müll und fast im Abfallcontainer gelandet wäre, stellte sich dann als wahrer Schatz heraus. Ich werde Wege finden, um diese Zeugnisse deutscher und europäischer Filmkunst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

## 100 Jahre „Zum Saalestrand“

„Dem Herrn Emil Illig wird die Erlaubnis zum Ausschank von Bier auf dem Grundstück Leipziger Str. 100 „Zum Saalestrand“ nach Maßgabe der beigefügten Zeichnung hiermit erteilt. Der Hof des Grundstückes ist gegen die Saale durch eine Umzäunung abzusperren.“ So der amtliche Text vom 10.4.1902. Das 1726 erbaute Haus gehört zu den Originalteilen des Dorfes Klenkove und strotzt vor Geschichte. Eine von der Seumebuchhandlung gestiftete Tafel erinnert an historische Einzelheiten. Es lohnt sich nicht nur wegen der „Rippchen“, mal wieder einzukehren, in eine deutsche Kneipe, die mit ihrer unverfälschten und schlichten Atmosphäre gerade deshalb überlebt hat. Herzlichen Glückwunsch also an Walter und Petra Illig und an die Seele des Hauses, die 83-jährige „Mutter“ Griseldis Ludwig.

## Stoiber kennt Weißenfels

Ein seit Jahren in Weißenfels engagierter, seriöser Geschäftsmann rührt auf seine Weise die Werbetrommel für unsere

Stadt. Der in Wolfratshausen ansässige kennt die Familie Stoiber persönlich und hat schon eine Auswahl Informationsmaterial überreicht. Das wird nun nicht gleich zu einer Großansiedlung eines Wirtschaftsunternehmens führen - aber bemerkenswert ist so etwas allemal. Wir sind dankbar für jede Initiative.

## - Innenstadtmarketing - Rauner hält Wort

Der Kandidat hatte es im Wahlkampf angekündigt: Eine „Allianz aller Dienstleister“ muß sich bilden und professionell moderiert und beraten werden.

Als OB hält er Wort: Seit der Auftaktveranstaltung im Oktober 2001 arbeiten spezielle Arbeitskreise. Themen wie Vermarktung/Leerstandsmanagement, Leitbild, Stadtmarketingverein und Veranstaltungspläne werden unter Mitwirkung von Stadtverwaltung, Einzelhandelsverband, Kreissparkasse, Live-Club, Seumeverein, Bundeswehr, Mittelstandsvereinigung, Bahnhofsmanagement u.a. gründlich beraten und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Kräfte bündeln, heißt es überall so schön. Hier wird es praktiziert. Kompliziert ist es allemal. Der Weg ist das Ziel, meine ich. Er sollte weiter beschritten werden, denn eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Erste Ergebnisse liegen jedenfalls in Richtung Vereinsgründung und Veranstaltungsplan 2002 für Markt und Badanlagen vor. Das ist schon mal was.

## Innere Sicherheit

Besonders gefährliche Rückfalltäter können nun in Sachsen-Anhalt auch nach verbüßter Haftstrafe in Sicherheitsverwahrung bleiben. Schlimm genug, dass es ein solches Gesetz bisher nicht gab. Noch schlimmer sind die dauernden Bedenken der PDS.

In einer unertäglichen Ignoranz lehnt sie Initiativen zu mehr Sicherheit permanent mit der Begründung ab, dass damit Bürgerrechte eingeschränkt würden. Wen will diese Partei eigentlich schützen? Will da etwa jemand, dass dieser Staat in Chaos und Anarchie untergeht? Nur, weil vielleicht der Bund zuständig wäre, kann man doch diese Zustände nicht belassen!

Um so erfreulicher ist das gemeinsame Vorgehen von SPD und CDU in dieser Sache. Das macht Hoffnung, denn es gibt noch viel zu tun in Sachen Ordnung und Sicherheit. Polizeidichte und geschönte Statistiken hin und her. Fakt ist, wir haben mit Sicherheit zu wenig Polizei auf den Straßen - und das muss dringend geändert werden.

Das offensichtlich etwas in Bewegung gekommen ist, hat mit der Schill-Partei zu tun. Darin liegt schon jetzt ihr Verdienst. Auch oder gerade deshalb, weil so viele getroffenen Hunde immer noch bellen.

*Für eine ehrliche und effektive Landespolitik*

**Dafür  
kämpfe  
ich**



**Harry Lienau**

*ist als CDU-Kandidat für Weißenfels und Hohenmölsen im Landtagswahlkampf*

Die Frage nach seinen wichtigsten Zielen für eine neue Politik in Sachsen-Anhalt beantwortet der 46-Jährige klar und eindeutig. „Sachsen-Anhalt muss unternehmerfreundlicher werden, damit Arbeitsplätze entstehen können.“ Er weiß, wovon er spricht. Als Chef seiner in Weißenfels ansässigen Vermessungsfirma kennt er die Probleme aus seiner täglichen Arbeit.

„Die Themen Arbeitsplätze, Investitionen, Bildung, Kultur und Sicherheit müssen als Einheit umgesetzt, die unglaubliche Verschwendung gestoppt und uneffiziente Strukturen umgestaltet werden. Die Politik muss die Interessen der Bürger wahren und darf nicht als Instrument von Selbstdarstellung, Machterhalt und Ideologie verkommen.“ Er hat Erfahrungen aus vielen Bürgergesprächen und Aktionen der Mittelstandsvereinigung. Er kennt den schlechten Wirkungsgrad der eingesetzten Finanzmittel.

„Sachsen-Anhalt hat das geringste Pro-Kopf-Einkommen, die geringste Steuerkraft, die geringste Selbstständigkeitsquote und die höchste Arbeitslosenrate usw., usw.“

Investoren kommen erst gar nicht, oder ziehen ab, wie die Bevölkerung.

Ausdruck unglaublicher Inkompetenz dieser Regierung Höppner. Die Leidtragenden sind die Bürger unseres Landes. Am Ende zahlen nämlich die Kommunen.“

**Da gibt es nur einen Ausweg: Es müssen neue Leute ran.**

Liebe Leserinnen, liebe Leser, ich kenne ihn persönlich und kann bestätigen:

- **Der meint, was er sagt.**
- **Der weiß, was er kann.**
- **Eine gute Wahl für Weißenfels!**